

## Internationale Rundschau

### Konjunktumschwung in Amerika

Selten hat die Wirtschaftspolitik einer Regierung in neuerer Zeit so kläglich versagt, aufgebaut auf falschen Voraussetzungen, wie die der *Nixon-Regierung* im eben vergangenen Jahr. Die Gründe dafür liegen wohl im zwiespältigen Charakter der heute maßgebenden republikanischen Politiker. Einerseits ist man weiterhin, wie schon seinerzeit *Eisenhower*, geprägt von den Interessen des Großkapitals und der Großindustrie. (Die kürzlich veröffentlichte Liste der großen Geldgeber zur letzten Präsidentenwahl ist in dieser Hinsicht aufschlußreich: nur zwei unter den Großindustriellen — *Henry Ford II* und *Thomas Watson-TBM* — haben namhafte Beträge für die Demokraten beigesteuert); aber man hat nicht mehr den Mut und die Selbstsicherheit, um auch in Zeiten fallender Konjunktur zu traditionellen konservativen Rezepten zu stehen. Im Zeitalter der Konfrontationen ist das wohl auch nicht mehr möglich. So versagt man sich den Weg der altmodischen schmerzhaften chirurgischen Krisenberichtigung mit Preis- und Lohnsenkungen, Bankrotten und Massenarbeitslosigkeit, hat aber auch nicht den Mut zur positiven Konjunkturpolitik des Keynesianismus, wie er von *Kennedy* und *Johnson* praktiziert wurde. Resultat: man läuft ständig hinter der Konjunkturentwicklung her.

### Konjunkturabfall

Mitte 1969 begann ein *Konjunkturabstieg*, den „Rezession“ zu nennen man sich lange Zeit beharrlich weigerte, verbunden mit einem Ansteigen der Inflation, deren Bewältigung man sich erst für 1969, dann für 1970 als Hauptaufgabe setzte, sei es auch auf Kosten erhöhter Arbeitslosigkeit. Zu diesem Zweck drosselte man die Kreditzufuhr und beschränkte die Regierungsausgaben. Damit erreichte man zwar (wie an dieser Stelle im Märzheft 1970 vorausgesehen) einen Rückgang der Industrieproduktion um etwa 8 vH, sowie eine Erhöhung der *Arbeitslosigkeit* von 3,5 vH der „Labor Force“ in 1969 auf 5 vH für 1970 und fast 6 vH im Dezember 1970; oder in absoluten Zahlen von 2,8 auf 4,8 Millionen Arbeitslose. Für 1971 hofft die Regierung allenfalls, durch Umkehrung des Trends die Arbeitslosenrate auf dem Stand von 1970 zu halten — zweifellos eine allzu optimistische Schätzung.

Gleichzeitig weigerte man sich aber hartnäckig, auf die Preis- und Lohngestaltung auch nur überredend einzuwirken, mit dem hier ebenfalls vorausgesagten Ergebnis, daß die Inflation lustig fortschritt, mit 5,5 vH nur wenig unter dem Vorjahrstand von 6 vH. Dabei ist bedeutungsvoll, daß die Rate nach einem

Rückgang auf 4,2 vH im 3. Quartal 1970 im letzten Quartal wieder auf 5,8 vH anstieg. Da im Januar 1971 die Großhandelspreise weiterhin um 0,6 vH anstiegen und die Lebenshaltungskosten ihnen im Abstand einiger Monate zu folgen pflegen, ist an ein Sinken der Inflationsrate unter 5 vH für 1971 kaum zu denken.

Man muß sich bei alledem vergegenwärtigen, daß Nixon's Wirtschaftsrat für 1970 eine Senkung der Inflationsrate auf 3,5 vH vorsah und eine Konjunkturerholung jeweils von Vierteljahr zu Vierteljahr versprach. Die Berater sind weiterhin im Amt, was vielleicht gleichzeitig den Grad der Bedeutung kennzeichnet, den man ihnen beimißt.

Diese Entwicklung hatte aber zwei Folgen, welche die Nixon-Regierung ihrem Wesen nach nicht unbeachtet lassen konnte: einen Börsensturz, der den Zusammenbruch von drei großen und zahlreichen kleineren Börsenmaklerfirmen nach sich zog und damit eine den Kern des Systems berührende Vertrauenskrise heraufzubeschwören drohte; und den Ausgang der Wahlen im November 1970, der allgemein als eine deutliche Niederlage der Regierung beurteilt wurde. Das Wallstreet-Debakel wurde durch das Eingreifen der verbliebenen großen Maklerfirmen gerade noch abgewehrt und die Börse begann ab August eine stetige Erholung; die Regierung griff mit Notmaßnahmen ein, um zwei bankrotte Großunternehmen (die größte Eisenbahn und einer der größten Produzenten von Militärflugzeugen) vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren.

### Neue Konjunkturpolitik

Schließlich begann eine Schwenkung der Konjunkturpolitik: zwischen November und Januar senkte der *Federal Reserve Board* den Diskontsatz in raschen Schritten von 6 vH auf 5 vH und lockerte gleichzeitig die Kreditzufuhr. Nixon bekannte sich etwas verschämt als verspäteter Keynesianer. Als solchen stört es ihn nun nicht mehr, daß das laufende Haushaltsjahr statt mit den vorgesehenen 1,2 Md. Dollar Überschuß mit über 18 Md. Dollar Defizit abschließt. Und im Januar 1971 versuchte er erstmals, eine Preiserhöhung zu bremsen, als Bethlehem Steel ganz undiplomatisch mit einer zwölfprozentigen Stahlpreiserhöhung herauskam. Auch soll nun versucht werden, die hohen Löhne in der Bauindustrie wenigstens insoweit zu bremsen, als man die neuen Tarifverträge auf das Ausmaß der bisherigen jährlichen Lohnsteigerung von etwa 15 vH beschränken möchte (verglichen mit 7 bis 8 vH in der übrigen Industrie).

Im Einklang mit der neuen Erkenntnis sieht das Ende Januar vorgelegte Budget für 1971/72 ein *geplantes Defizit* von 11,6 Md. Dollar vor — eine Politik, die noch vor einem Jahr als fiskalischer Leichtsinn gebrandmarkt worden wäre. (In Wirklichkeit ist das Defizit viel

zu niedrig angesetzt, denn es beruht auf der überoptimistischen Schätzung eines zehnprozentigen Konjunkturaufschwungs bei einem Rückgang der Inflationsrate auf 3,5 vH.). Im übrigen soll das Defizit nun gar kein Defizit mehr sein, sondern ein „Budget mit einem kleinen Überschuß“, freilich nicht auf der Basis der tatsächlich erwarteten Steuereinnahmen, sondern auf dem fiktiven Niveau, das bei einer Wirtschaft der Vollbeschäftigung (eine solche sähe man bei 4 vH Arbeitslosigkeit als gegeben an) zu erwarten wäre — ein für die Praxis dieser Regierung typischer unredlicher *Public-Relation-Trick*. In seiner Budgetbotschaft sieht Nixon „die Idee des Vollbeschäftigungs-Budgets als eine Art sich selbst-erfüllende Prophezeiung: indem wir handeln, als ob wir Vollbeschäftigung hätten, helfen wir diese Vollbeschäftigung herbeizuführen.“

Nun ist aber durchaus ein Unterschied, ob man wie *Keynes* 1930 oder John Kennedy 1960 offen von Defizitfinanzierung spricht, in welchem Fall man dieses Defizit in einem Umfang und in einer Form planen kann, wie es in der konkreten Situation zur Überwindung der Wirtschaftskrise nötig erscheint, oder ob man die Höhe des Defizits von dem mechanischen theoretischen Modell einer fiktiven Vollbeschäftigung diktieren läßt und sich gleichzeitig wenig Sorgen darüber macht, an welchen Punkten im Gesellschaftsgebäude die durch das Defizit zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden sollen. Nicht zuletzt hängt von diesen Entscheidungen ja auch die Entwicklung der Inflationsrate ab.

In all diesen Punkten besteht das Nixon-Budget bestenfalls aus halben Maßnahmen. Zunächst schon ist ein 11-Milliarden-Defizit unzureichend, um die amerikanische Konjunktur rasch genug anzukurbeln, und von der angekündigten Neuordnung der Prioritäten bleibt, wie *Max Frankel* in der *New York Times* richtig bemerkt, nach Abzug der Rhetorik nicht allzuviel an konkreten Mitteln übrig. Die Zahlen sind sehr undurchsichtig, vor allem die Gelder für Sozialausgaben werden zwischen den verschiedenen Projekten herumjongliert; was von ihnen, vor allem auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung, nach einer geplanten Reorganisation bleibt, ist völlig unklar; per Saldo zweifellos eine Kürzung — ob mit der zweifellos wünschenswerten Erhöhung der Wirksamkeit, ist weniger sicher.

Am bedenklichsten und umstrittensten ist wohl das neuvorgesehene Prinzip der Steuerenteilung („*tax sharing*“) mit den Einzelstaaten und Municipalitäten, deren eigene Steuerquellen mit den wachsenden Aufgaben nicht Schritt halten. Erstens handelt es sich offenbar vorerst eher um eine bloße Verschiebung von Mitteln, welche bisher von der Bundesregierung entweder direkt oder über die Einzelstaaten und Städte für bestimmte Sozialprojekte angewiesen wurden als um die Bereitstellung

nennenswerter *neuer* Beträge (nur etwa 3 Md. Dollar). Mehr noch: hinter den der Neuen Linken entlehnten Schlagworten „*Power to the People*“ und „*New American Revolution*“ verbirgt sich ein Plan, der die Entscheidung über die Verwendung von Milliardensummen aus den Händen der im allgemeinen fortschrittlicheren, fachmännischeren und weniger bestechlichen bundesstaatlichen Bürokratie in die Hände lokaler Politiker verlegt, die erfahrungsgemäß dem Druck mächtiger Wirtschaftsinteressen und der Gefahr simpler Korruption weit mehr ausgesetzt sind — so wünschenswert theoretisch eine stärkere Dezentralisierung sein mag. Es bleibt im übrigen abzuwarten, welche Änderungen der Kongreß mit einer demokratischen Mehrheit am Budget vornehmen wird, und wie viele davon der Präsident akzeptieren wird.

Wie begrenzt der Wandel in den herrschenden wirtschaftspolitischen Ideen ist, zeigte sich neuerdings u. a. darin, daß einerseits eine Reihe vom Kongreß beschlossener Sozialausgaben dem Veto des Präsidenten erlagen, andererseits soeben der Industrie ein Milliarden Geschenk in Form von Abschreibungserleichterungen gemacht wurde. Ein Versuch, die Konjunktur von hinten aufzuzäumen, und eine Maßnahme, die umso überflüssiger ist, als die Industrie ohnedies nur mit 75 vH ihrer Kapazität arbeitet. Sie sollte daher eher zu Preissenkungen angehalten als zu Neuinvestitionen ermutigt werden.

#### *Impulse für einen Aufschwung*

Die Flüssigkeit auf dem Kapitalmarkt und die damit verbundene Senkung des Zinsniveaus (seit September 1970 haben die Banken die sogenannte „prime rate“ von 8 auf 6 vH reduziert) ist ja ebenso ein Ausdruck des durch die Rezession verminderten Kapitalbedarfs wie eine der Voraussetzungen für den allmählich fälligen Konjunkturaufschwung. Die Erwartungen in dieser Richtung gründen sich denn auch nicht auf Kapitalinvestitionen, sondern auf den *Konsum*. Das „verfügbare Einkommen“ hielt 1970 mit der Inflation Schritt, die Sparrate stieg auf 7,5 vH, der durchschnittliche wöchentliche Reallohn freilich fiel weiter um 1 vH, wobei sich die Spanne zwischen den gewerkschaftlich geschützten und den ungeschützten Arbeitergruppen weiter vergrößert haben dürfte.

Der Konsum an Dienstleistungen und „soft goods“ ist weitgehend stabil. Ob sich die Hoffnungen auf eine Absatzsteigerung der Dauerkonsumgüter, vor allem Autos, erfüllen werden, ist freilich angesichts der zu erwartenden weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit um eine halbe bis eine Million fraglich.

Am ehesten dürften sich die Erwartungen auf eine Belebung des Wohnungsbaus erfüllen. Hier hat sich in den letzten Jahren durch die Knappheit an Hypothekengeldern ein erheb-

licher Nachholbedarf akkumuliert, und die Flüssigkeit auf dem Kapitalmarkt noch mehr als die Senkung der Zinssätze dürfte hier eine Steigerung von 1,3 auf mindestens 1,7 Millionen Wohneinheiten bringen — nicht genug vor allem im sozialen Wohnbau, aber immerhin ein starker Impuls für die Gesamtkonjunktur.

Ein zweiter namhafter Impuls wird von den steigenden *öffentlichen Ausgaben* erwartet (Wohlfahrt, Erziehung, Gesundheitswesen, Flughafenbau). Dagegen werden die Militärausgaben nicht viel über den leicht reduzierten Stand der letzten zwei Jahre (80 Md. Dollar oder 8 vH des Sozialprodukts) hinausgehen. Ebenso werden sich, wie bereits erwähnt, die Kapitalinvestitionen kaum erhöhen; 1970 waren sie nominell gleich geblieben, real um 6 vH gefallen. Allein die Aufträge für Werkzeugmaschinen z. B. fielen um 46 vH und das wird sich wegen der Lieferfristen bis weit ins Jahr 1971 hinein auswirken.

Was den Arbeitsmarkt betrifft, so brachte die Kombination von Rezession und Inflation naturgemäß starke Unruhe in die Arbeiterschaft. Die durch Streiks verlorenen Arbeitstage überschritten zum erstenmal seit Jahren die 50-Millionen-Ziffer; es kam u. a. zu den mehrmonatigen Streiks bei General Electric und General Motors. Für 1971 stehen — außer dem eventuellen Streik der Stahlarbeiter — weniger intensive Arbeitskämpfe bevor. Freilich können die relativ geschützten Großindustrien die Lohnkosten wenn nötig auf den Konsumenten abwälzen, ein Ausweg, der den Munizipalitäten mit ihren gerade in der Rezession schwindenden Steuerquellen nicht ohne weiteres möglich ist. Infolgedessen verstärkt sich die Erbitterung unter den öffentlichen Angestellten und sie entlud sich neuerdings verschiedentlich in kurzen, aber bitteren Streiks von Postbeamten, Lehrern, Polizei, Müllabfuhr und Feuerwehr.

Dagegen kam es interessanterweise bisher zu keinen nennenswerten Unruhen unter den Arbeitslosen, obwohl sich die Zahl der Dauerarbeitslosen verdoppelte (auf 150 000 über 15 Wochen Arbeitslose, 250 000 über 21 Wochen) und die Arbeitslosigkeit unter der Negerjugend in den Großstadtgettos auf 42 vH anstieg. Neu und potentiell folgenschwer ist das rasche Anwachsen der Arbeitslosigkeit unter den hochbezahlten Fachberufen (Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler) im Gefolge der Einschränkungen in der militärischen Produktion, Weltraumforschung etc.; die Zahl der Arbeitslosen in diesem Bereich stieg von 115 000 auf 250 000. Eine Dauerarbeitslosigkeit in dieser der Oberschicht nahestehenden Gruppe könnte u. U. recht interessante politische Folgen haben.

Der bisherige oberste Wertmaßstab, das GNP (*Gross National Product* — Gesamtes National-Produkt) stieg 1970 nominell von 932 auf 977 Md. Dollar. Nixon jubelte, als

die GNP-Uhr im Wirtschaftsministerium im Dezember erstmals die Billionenrate abtakte, aber in Wirklichkeit war das GNP nach Berücksichtigung der Geldentwertung um etwa 2 vH gefallen, das erste Mal in über einem Jahrzehnt. Für 1971 rechnet die Regierung mit einem Anwachsen auf 1,065 Bill. Dollar, davon etwa 5 vH echte Steigerung. Private Schätzungen sind bescheidener; *Fortune* spricht von 1,050 Bill. Dollar, davon 3,5 vH echte Steigerung. Auch dies scheint noch zu optimistisch, da es die Geldentwertung unterschätzt. Eine echte Steigerung von 2 vH dürfte der Wirklichkeit näher kommen.

Aber das eigentliche Problem ist längst nicht mehr so sehr die Höhe des GNP, sondern seine Zusammensetzung. Mehr und mehr bricht sich (hier und dort selbst in den Kreisen der heutigen Regierung) die seit Jahren von *John K. Galbraith* vertretene Erkenntnis Bahn, daß die einseitige Ausrichtung auf maximale Güterproduktion zu einer Verarmung des öffentlichen Sektors geführt hat, mit dem Resultat, daß die öffentlichen Dienstleistungen (von Massentransport über Umweltschutz zu Verbrechenbekämpfung) gerade zu einer Zeit vernachlässigt werden, wo die zunehmenden sozialen Spannungen und die technische Entwicklung ihren Ausbau immer dringlicher machen. Mehr und mehr muß deshalb die Volkswirtschaft diese sozialen Kosten in ihre Kalkulationen einsetzen, im privaten wie im öffentlichen Sektor. Es ist vielleicht ein günstiges Zeichen, daß unter dem zunehmenden Druck der öffentlichen Meinung sowohl die gegenwärtige Regierung wie die großen Unternehmen endlich gewisse Verpflichtungen auf diesem Gebiet einzusehen beginnen, auch wenn das noch immer mehr in Worten als in Taten geschieht.

*George Günther Eckstein*